

Fünf Minuten vor dem Brand

Krzysztof Darewicz, *Rzeczpospolita*, 2. April 2001

Als man vor anderthalb Jahren bei dem New Yorker Gericht eine Gemeinschaftsklage mehrerer Juden gegen Polen einreichte, in der die Rückgabe der nach dem Krieg eingebüßten Besitztümer gefordert wurde, führte dies in Polen zu überwiegend negativen Reaktionen. Doch selbst nachdem die Klageschrift in *Gazeta Wyborcza* publiziert worden war, kam es zu keiner öffentlichen Debatte über die darin enthaltenen Zeugenaussagen jüdischer Kläger. Sie hatten die Verfolgungsmaßnahmen beschrieben, die ihre Versuche begleitet hatten, ihre nach dem Krieg von Polen übernommenen Häuser zurückzubekommen.

In der Begründung der Klage behaupteten die Anwälte, die Fälle zeugten davon, daß die polnischen Behörden die antijüdischen Repressionsmaßnahmen geplant hätten, und sie gingen so weit, diese mit der Nazipolitik der Vernichtung der Juden zu vergleichen. Adam Michnik [Chefredakteur von *Gazeta Wyborcza*] bezeichnete die Klage als „eine Ansammlung unverschämter Lügen“, und die Rechtsanwälte als „gewissenlose Halunken“, die sich entschieden hätten, „den Holocaust zum gerichtlichen Spiel ums große Geld auszunutzen“. Doch die Berichte der Geschädigten hätten als Material einer sachlichen Analyse dienen können oder zumindest dazu, die Frage aufzuwerfen, ob Polen den Juden etwas schuldet. Das ist nicht geschehen und die Rhetorik der Anwälte, die die Geschichte Polens nicht kennen, wurde mit den historisch begründeten Aussagen der Mandanten gleichgesetzt.

Zwischenzeitlich ereigneten sich zwei entscheidende Begebenheiten. Die sogenannten *holocaust lawyers*, also amerikanische Anwälte jüdischer Abstammung, beschäftigten sich mit den Ansprüchen der Überlebenden des Holocaust und mit dem „gerichtlichen Spiel ums große Geld“. Unter Anwendung einer Rhetorik, die in der Schweiz wie auch in Deutschland mehrfach für großen Aufruhr sorgte, haben sie es zu Wege gebracht, daß die Schweizer Banken den Juden Entschädigungen ausgezahlt haben und in Deutschland ein Entschädigungsfonds für Zwangsarbeit im Dritten Reich eingerichtet wurde. Aus diesem Fonds erhalten auch hunderttausende Polen Entschädigungen. Ob sich wohl unter diesen Bedingungen noch jemand fände, der heute die beiden Anwälte Melvin Urbach und Melvin Weiss als „gewissenlose Halunken“ bezeichnen würde? Anwälte, die die Verhandlungen mit der Schweiz und der BRD zum Erfolg geführt haben und zugleich jüdische Kläger gegen die Republik Polen vertreten? Zumal das Buch „Nachbarn“ von Jan Tomasz Gross erschienen ist, und viele Polen von dem Massaker in Jedwabne gehört haben. Das entfachte eine Diskussion über die polnisch-jüdischen Beziehungen, die schon vor anderthalb Jahren hätte geführt werden können, wenn nicht schon früher.

Jedwabne zum ersten Mal

Am 13. August 1996 veröffentlichte *The New York Times* einen Brief von Morlan Ty Rogers mit dem Titel „Die Polen müssen ihrer Nachkriegsgeschichte noch die Stirn bieten“. Rogers, der über zwanzig Verwandte in Jedwabne verloren hat, schrieb, es seien Polen gewesen, die dort gemordet hätten. Er nannte die Anzahl der Opfer (über 1.600) und als Tag des Verbrechens den 10. Juli 1941. Er schrieb darüber, wie Juden in der Scheune verbrannt wurden und über das Denkmal, auf dem geschrieben steht, das Verbrechen hätten Deutsche begangen. Rogers' Leserbrief war nicht zu übersehen, erschien er doch neben einer Erwiderung des damaligen Vertreters des polnischen Botschafters in den USA, Andrzej Jaroszyński, auf die Vorwürfe von Yaffa Eliach, Soldaten der Heimatarmee hätten ihre Mutter und ihren Bruder [Okt. 1944] in Ejszyszki [heute Litauen, in der Umgebung von Wilna] ermordet.

Und obgleich der Fall von Ejszyszki gegenüber dem Ausmaß des Massenmordes in Jedwabne verblaßt, stieß er auf eine breite Reaktion in Polen, während Rogers' Artikel als antipolnische Provokation abgetan wurde. „Die Redaktion hielt es aus nur ihr bekannten Gründen für angemessen, den Beitrag der polnischen Botschaft zwischen zwei antipolnische Pamphlete, in Form von Leserbriefen, zu plazieren. Der Verfasser des einen Leserbriefs 'deckt auf', in einer kleinen Ortschaft hätten 'ortsansässige Polen' am 10. Juli 1941 1.600 Juden bei lebendigem Leibe verbrannt!“ So schrieb die Zeitung *Trybuna* am 14. August 1996. Ihr Kommentator, Zygmunt Słomkowski, merkte an, „hier kommt der traurige Verdacht auf, daß es jüdische Kreise in den USA gibt, die nicht zulassen wollen, daß es zu einer redlichen Klärung der gemeinsamen polnisch-jüdischen Vergangenheit kommt. Sie sind bestrebt, unge-

sunde Emotionen zu entfachen, und versuchen augenscheinlich, Sand in das Getriebe des sich entwickelnden polnisch-jüdischen Dialogs zu streuen.“ Eine „antipolnische Stellungnahme“ wurde Herrn Rogers auch von der Korrespondentin von *Życie*, Danuta Świątek, vorgeworfen, während *Slowo-Dziennik Katolicki* am 16. August 1996 einige Stellen des „skandalösen“ Artikels zitierte und mit dem Kommentar versah, hier handle es sich um „eine weitere Anklage der Polen wegen Antisemitismus“. Im polnisch-jüdischen Internet-Diskussionsforum wurde Rogers, der versuchte die Polen für Jedwabne zu interessieren, mit Vorwürfen von „Revisionismus, Faschismus und Haßagitiation gegen Polen“ überhäuft.

Diese „Debatte“ zum Thema Jedwabne und der polnisch-jüdischen Beziehungen fand vor viereinhalb Jahren statt, in einem Polen, das damals genauso frei war wie heute, dessen Präsident damals wie heute Aleksander Kwaśniewski heißt, der heute bereit ist, sich zu entschuldigen. *Gazeta Wyborcza* hatte damals ebenfalls den gleichen Chefredakteur [Adam Michnik], der heute auf den Seiten derselben *New York Times* lange Ausführungen macht: „Wenn ich aber höre, daß das Buch von Gross, das die Wahrheit über das Verbrechen aufdeckt, eine von der internationalen jüdischen Verschwörung erfundene antipolnische Lüge sei, dann wächst in mir das Schuldgefühl. Diese lügenhaften Verdrehungen von heute stellen nämlich in Wirklichkeit die Rechtfertigung des damaligen Verbrechens dar.“

Im August 1996 erwähnten *Gazeta Wyborcza* und *Rzeczpospolita* den Leserbrief von Rogers mit keinem Wort. Warum nicht? Ich weiß es nicht. Und warum griffen die damalige Regierung und die Politiker dieses Thema nicht auf, die den Brief von Rogers aus der polnischen Presseagentur und aus anderen Zeitungen, um von den Berichten des Außenministeriums gar nicht zu reden, kannten? Wie man hört, wollte man damals das Thema vermeiden, damit die Sache unseren Bemühungen, in die NATO aufgenommen zu werden, nicht schadet. Wenn das stimmt, so ist es nicht gerade erbaulich. Denn wenn Polen sich mit dieser Angelegenheit schon damals beschäftigt hätte, und nicht erst jetzt, wo es durch das Buch von Gross an die Wand gedrückt wird, hätte man damals in den Archiven genau so viel gefunden wie heute. Aber bei dieser Gelegenheit hätten wir bewiesen, daß uns an der Wahrheit liegt, unabhängig davon, was in amerikanischen Zeitungen publiziert wird. Jemandem, der sich an das Schicksal von Rogers' Leserbrief erinnert, müssen die aktuellen Reaktionen der Polen auf Jedwabne bedenklich erscheinen. Denn was hat sich in den letzten vier Jahren in Polen verändert, außer, daß wir in der NATO sind? Jemandem, der das Schicksal der jüdischen Klage gegen Polen verfolgt, müssen die Reaktionen ganz verwunderlich erscheinen. Es sieht nämlich ganz danach aus, daß wir nur dann den Mut haben, unseren Kopf aus dem Sand zu erheben, wenn wir an die Wand gedrückt und mit der Sorge konfrontiert werden, „was die anderen wohl über uns sagen werden“.

Reprivatisierung – eine unerledigte Angelegenheit

Seit Beginn wird die gegenwärtige Diskussion um Jedwabne von der Sorge begleitet, die Wahrheit über das Massaker könnte antipolnische Stimmungen wachrufen, insbesondere bei den amerikanischen Juden. Also unternehmen wir verzweifelte Anläufe, um das zu verhindern. Dazu diente unter anderem der letzte Besuch von Professor Leon Kieres, dem Vorsitzenden des Instituts zum Nationalen Gedenken (IPN), in den Vereinigten Staaten, dazu dienten auch die Briefe, die der polnische Botschafter in Washington an die Redaktionen der Zeitschriften schickte, die sich mit dem Thema Jedwabne befassen.

„Nachbarn“ erscheint auf dem amerikanischen Büchermarkt zum gleichen Zeitpunkt, zu dem – eher nicht zufällig – der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski Washington und New York besucht. Der Minister wird von einer recht großen Gruppe von Beratern begleitet, die den Vertretern jüdischer Kreise unseren reuevollen Standpunkt darlegen. Das ist lobenswert, aber es ist unklar, was wir beweisen wollen. Diejenigen Juden, die Polen Sympathie entgegenbringen, werden dies weiterhin tun und weder Jedwabne noch ein hoher Staatsbesuch ändern daran etwas Wesentliches. Für die übrigen allerdings, d.h. für die Mehrheit, bedeutet die „Wahrheit“ über Jedwabne weder einen Schock noch eine Sensation, sondern bestärkt nur die tief verwurzelte Überzeugung, die Polen seien antisemitisch und hätten während des Holocaust mit den Deutschen kollaboriert. Für die Juden, mit denen die Delegation nicht zusammentrifft, wäre die Klärung der Eigentumsfrage eine viel überzeugendere Geste der Versöhnung vonseiten der Polen als Worte des Bedauerns und der Reue für Jedwabne. Doch gerade hier wird die Kluft immer tiefer.

Ich gehe auf die komplizierten Probleme der Reprivatisierung in Polen hier nicht ein. Aber unsere Regierung verhält sich seit dem Bekanntwerden der jüdischen Gemeinschaftsklage so, als ob sie nicht wüßte, was sie damit anfangen soll. Die Erklärung, das Reprivatisierungsgesetz werde alles regeln, war eine bequeme Ausrede, denn bei genauerer Betrachtung unserer politischen Verhältnisse war es nicht schwer, das Schicksal des Gesetzentwurfs vorauszu- sehen und zu begreifen, daß es in den nächsten Jahren keine größere Reprivatisierung geben wird, falls über- haupt. Das Veto des Präsidenten machte es dann unmöglich, sich auf das Gesetz zu berufen. Die bis dato einzige Reaktion Polens auf die Gemeinschaftsklage besteht darin, das New Yorker Gericht aufzufordern, die Klage der Juden überhaupt nicht zu verhandeln.

Vom rechtlichen Gesichtspunkt aus betrachtet ist diese Strategie insoweit begründet, als Polen durch seine Souve- ränität geschützt ist und amerikanische Gerichte hier theoretisch nicht zuständig sein sollten. Aber ein solcher Standpunkt berücksichtigt weder das Polenbild der Juden, um dessen Rettung wir aus Anlaß von Jedwabne solche Anstrengungen unternehmen, noch die Tatsache, daß hinter der Klage dieselben Juden stehen, bei denen wir uns für Jedwabne entschuldigen wollen.

Vor einem Jahr demonstrierten Dutzende von Juden vor dem polnischen Konsulat in New York für die Rückgabe ihres Eigentums. Unter ihnen befanden sich sowohl Überlebende der Konzentrationslager, als auch Schüler, Politi- ker und Journalisten. Aber die Türen des Konsulats blieben verschlossen, der Appell ungehört. Niemand kam zu den Demonstranten heraus, niemand hörte ihre Beweggründe an, und niemand stellte unseren Standpunkt dar. Bis heute unternahm auch niemand die Anstrengung, mit diesen Juden in einen Dialog zu treten, ihnen zu ermöglichen ihre Ansprüche in Polen zu vertreten, sie mit den gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen oder auch nur den Versuch, ihre Abneigung gegenüber Polen wenigstens mit einer Geste des guten Willens zu durchbrechen. Etwa deswegen nicht, weil da noch niemand einen Artikel in der *New York Times* über die Erlebnisse der Juden veröffentlichte, die nach dem Kriege von polnischen Bürgern aus ihren Häusern vertrieben worden waren?

Ein Dialog, aber mit wem?

Das Schicksal des Reprivatisierungsgesetzes, in dessen letzter Fassung der Kreis möglicher Anspruchsberechtigter auf die gegenwärtigen Staatsbürger der Republik Polen eingeschränkt wurde, bestärkte die Juden nur in ihrer Überzeugung, Polen diskriminiere sie. Tatsächlich dominierte dieser Vorwurf die letzten Anhörungen des Parla- ments im Staat New York, die aufgrund einer Initiative derjenigen Juden stattfanden, die gegen Polen klagen. Abermals vermißte man im Saal die Stimme Polens, obschon man gerade zu dieser Zeit darum bemüht war, die unfreundlichen Reaktionen im Zusammenhang mit Jedwabne zu neutralisieren. Freilich konnte die polnische Regie- rung keine Repräsentanten entsenden, die offizielle Aussagen gemacht hätten. Denn das hätte die Strategie des sich Versteckens hinter der Souveränität in Frage gestellt. Aber wo waren in dieser Situation die Intellektuellen, die Historiker und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen? Warum wurde abermals die Gelegenheit nicht genutzt, um laut und deutlich zu sagen, daß niemand in Polen die Juden diskriminiert, daß Polen sich eine Reprivatisierung nicht leisten kann, und daß ein jeder, ob Pole oder Jude, das Recht hat, seine Ansprüche vor polnischen Gerichten einzufordern? Das hätte vielleicht nicht alle überzeugt, aber zumindest einigen geholfen zu verstehen, daß nicht die Polen für Krieg, Holocaust und Kommunismus bezahlen sollten. 1996, als *The New York Times* Rogers' und Eliachs Leserbriefe über Jedwabne und Ejszyszki veröffentlichte, erklärte die Botschaft der Republik Polen in Wa- shington ihr Erstaunen darüber, daß „in einer Situation, in der die polnische Regierung sich bemüht, die schmerzli- chen Sachverhalte in den polnisch-jüdischen Beziehungen aufzuklären, derart unbegründete Anklagen erhoben werden können.“ Noch einmal – das wichtigste ist der Dialog. Aber von welcher Art und mit wem? Etwa stets mit derselben verschwindend kleinen Gruppe polenfreundlicher Juden?

Genau mit ihnen, die das *American Jewish Committee (AJC)* repräsentieren, traf man sich unlängst in der polni- schen Botschaft in Washington. An diesem „Dialog“ nahmen auch Vertreter polnischer, vor allem Jugendorganisa- tionen teil. In einer der Ansprachen erinnerte ein Vorstandsmitglied des *AJC* an die Bemühungen, der Geschichte der Juden in Polen in polnischen Schulbüchern mehr Raum zu geben. Das ist eine richtige Forderung, nur sollte in einem „Dialog“ der Verkehr in beide Richtungen laufen. Doch die Forderung, in jüdischen US-Schulen die Lehrbü- cher zu korrigieren, in denen die Polen bezichtigt werden, noch größere Verbrechen begangen zu haben als die Deutschen, fiel nicht. Warum? Weil „jener“ Dialog bis heute darin besteht, sich gegenseitig Komplimente auszu-

sprechen, und leider nicht bis zu den Schulen vordringt. „Das sind andere Juden, Konservative,“ erklärte mir ein Teilnehmer des Treffens in der Botschaft (Mitglied des AJC), um sogleich hinzuzufügen, daß er „persönlich“ auch der Ansicht sei, die Polen wären im Krieg nicht besser gewesen als die Deutschen.

Nebenwirkungen

Selbst wenn das New Yorker Gericht die polnische Auffassung berücksichtigt und die Klage der Juden abweist, wird die von ihnen geführte Kampagne trotzdem zunehmend breitere gesellschaftliche Kreise erreichen. Sie wird über die Ebene der lokalen Medien und der Parlamente der Einzelstaaten bis zur Bundesebene und zu den Medien mit internationalem Einfluß vordringen. Denn sie ist Bestandteil der neuartigen Strömung von Forderungen der Holocaustopfer, die die Klagen gegen die Schweiz und Deutschland in Gang gebracht haben, und die neuerdings auch Österreich, Frankreich und die Länder Mitteleuropas umfassen.

Polen, das einst die größte jüdische Minderheit beherbergte, wird von Anschuldigungen und Ansprüchen nicht verschont bleiben, schon gar nicht jetzt, wo die dunklen Stellen unserer Geschichte, wie Jedwabne, ans Tageslicht kommen. Deswegen sollte jener „Dialog“, in dem wir „schmerzliche Sachverhalte in den polnisch-jüdischen Beziehungen aufzuklären versuchen“, nicht nur in beide Richtungen verlaufen, er sollte vielmehr von der – nur scheinbar paradoxen – Maxime getragen werden, daß „die Feuerwehr fünf Minuten vor dem Brand eintreffen sollte.“ Dies ist auch durchaus zu machen, denn seit Erscheinen des Buchs „Nachbarn“ von Jan T. Gross in Polen ist dieses Thema kein Tabu mehr, und bereits jetzt spricht man offen über die polnisch-jüdischen Angelegenheiten. Das ist auch deshalb notwendig, weil die von vielen Juden kultivierten Stereotype der „polnischen Antisemiten“ und der „Polen, die schlimmer sind als die Deutschen“ durch das Buch „Nachbarn“ und das Problem der Reprivatisierung gefestigt werden.

Das mag uns nicht gefallen, jedoch müssen wir auf derartige „Nebenwirkungen“ gefaßt sein. Genauso wie darauf, daß entgegen der Absichten Roman Polańskis, der eben beginnt, in Warschau den Film „Der Pianist“ nach den Memoiren von Władysław Szpilman zu drehen, wahrscheinlich – wie nach Spielbergs „Schindlers Liste“ – erneut das Bild entsteht, daß Juden während des Krieges nicht von Polen, sondern von „guten Deutschen“ gerettet wurden. Von einem Film, der auch nur den Schatten einer Chance hätte, auf ein vergleichbares Weltecho zu stoßen wie die Filme von Spielberg und Polański, und der gleichzeitig Polen zeigen würde, die während des Holocaust Juden retteten, hört man nichts.

Minister Bartoszewski wird in den Vereinigten Staaten einen Dialog mit den Vertretern jüdischer Kreise über den Fall Jedwabne führen. Es wäre gut, wenn sowohl er – als auch die ihn begleitende Delegation – den Eigentumsansprüchen der Juden mindestens soviel Zeit und Gewicht beimessen würden, wie Jedwabne. Teilen wir den Juden nämlich nicht mit, womit sie rechnen und womit sie nicht rechnen können, werden wir uns erneut in der Situation von 1996 wiederfinden; in einer Situation also, in der die Chance, einen Dialog über die Wirklichkeit zu beginnen, bevor diese anfängt zu kreischen, ungenutzt blieb.

Krzysztof Darewicz ist Korrespondent von Rzeczpospolita in den Vereinigten Staaten.

Aus dem Polnischen von Aleksander Momot